

pfw

www.dfw-dachverband.de



Pressedienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften



Swaantje Schlittgen ist die neue Präsidentin des DFW

Seit seiner Hauptversammlung am 10.11.2018 in Mannheim hat der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. eine neue Präsidentin. Swaantje Schlittgen (li.), bisher Vize-Präsidentin, wurde einstimmig zur Präsidentin gewählt. Renate Bauer (re.) (Freireligiöse Landesgemeinde Pfalz) war nach acht Jahren als DFW-Präsidentin zurückgetreten.

Die Delegierten der Hauptversammlung bedankten sich bei ihr für ihre langjährige, erfolgreiche Arbeit für den Dachverband. Als Vize-Präsidentin wählte die Versammlung Silvana Uhlich-Knoll (Humanistischer Freidenkerbund Brandenburg), die bisher als Beirat das Ressort Familie, Jugend und Bildung betreut hatte. Weitere Wahlen fanden diesmal nicht statt, alle weiteren Präsidiumsmitglieder sind noch bis 2020 im Amt. Swaantje Schlittgen (Unitarier Religionsgemeinschaft freien Glaubens) wird die bewährte Arbeit ihrer Vorgängerin fortsetzen, aber auch neue Impulse für den Dachverband setzen. Sie engagiert sich u.a. schon seit Längerem auch für die Zusammenarbeit mit anderen freigeistigen Verbänden im KORSO (Koordinierungsrat Säkularer Organisationen).

Ortrun E. Lenz

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Gemeinschaften in Deutschland, die für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eintreten. Er setzt sich dafür ein, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Lebensauffassung und seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt wird.

Der DFW steht als Vertreter freigeistiger kirchenfreier Menschen ein für Humanismus, Toleranz und Menschenrechte, für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihren religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Er ist für alle freigeistigen Gemeinschaften offen, die seine Ziele unterstützen. Der DFW ging 1991 aus dem Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit hervor. Er setzt damit die Bestrebungen zur Bündelung der freigeistig-humanistischen Kräfte in Deutschland fort.



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

Vielfalt – Würze des Lebens? Variety – Spice of Life?

07.–10. Juni 2019: Willkommen zum Europäischen Unitariertag in Berlin (www.eut-2019.org)

Die Unitarier – Religionsgemeinschaft freien Glaubens e.V.(URfG) freuen sich sehr, gemeinsam mit den Freunden der European Unitarian Universalists (EUU) zum 2. Europäischen Unitariertag (EUT) einladen zu können. Berlin bietet für die unitarisch-freireligiöse Bewegung viele Anknüpfungspunkte.

Beim IARF-Kongress 1910 (www.iarf.net) traf Rudolf Walbaum erstmals auf britische und amerikanische Unitarier. Die großen Gemeinsamkeiten, die Walbaum feststellte, führten dazu, dass er in der Folge „deutsch-unitarische blätter“ als Untertitel seiner Zeitschrift verwendete.

Die „Freigeistige Gemeinschaft Berlin e.V. gegr. 1845 – Freireligiöse Gemeinde“ steht in der Nachfolge der 1845 in Berlin Prenzlauer Berg gegründeten christ-katholischen, später deutsch-katholischen Gemeinde. Sie wurde durch die freiheitlich-demokratische Grundhaltung ihrer Mitglieder zu einem wichtigen Träger der Revolution von 1848/49.

Die Unitarische Kirche in Berlin wurde 1948 gegründet.

Dem Landesverband Berlin-Brandenburg des Humanistischen Verbands Deutschlands (<http://www.humanismus.de/hvd-berlin-brandenburg-e-v>) wurden bei einem Festakt im Januar 2018 die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen.

Berlin ist also ein guter Ausgangspunkt für alle Unitarier, Universalisten, UUs, Freireligiöse und Humanisten in Europa. Anmeldung unter www.eut-2019.org.

Swaantje Schlittgen

Sterben und Sterbebegleitung

05.–07. April 2019 in Osnabrück – Seminar der Frauen-Arbeitsgemeinschaft im Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands

Sterbebegleitung – ein Wort, unter dem sich viele Menschen nichts Genaues vorstellen können oder wollen. Sterben und Tod sind Themen, die wir am liebsten ganz weit von uns schieben. „Lass uns über etwas anderes reden“, sagen die meisten. Aber eigentlich ist es gut und wichtig, sich schon im Leben mit dem Sterben und dem Tod auseinanderzusetzen.

Informationen und Anmeldung: www.freireligioese.de
(<http://bfgd.org/Frauen/files/Einladung-Osnabrueeck.pdf>)

Swaantje Schlittgen





Presse Dienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften



Save the date!

Klimaschutz – Natur verstehen, achten, lieben – 04.–06. Oktober 2019

Gemeinsames Seminar von DFW und Jugendbildungsstätte Klingberg

In der Geschichte der freireligiösen, freigeistigen, unitarischen und humanistischen Bewegung vollzog sich sehr früh eine Abkehr vom biblischen Bild der Natur - Welchen Einfluss können wir auf das Bild der Natur, das bis heute das politische Handeln bestimmt, nehmen?

Diese und weiteren Fragen vertiefen unter der erfahrenen Seminarleitung Renate Bauer und Horst Prem Beiträge versierte Referenten vom BUND Schleswig-Holstein, Walter Ötsch (angefragt), Dr. Volker Mueller, Prof. Dr. Luise Urban, Peter Jäckel und weitere. – www.bildung-klingberg.de

Swaantje Schlittgen

30. Mai – 2. Juni 2019:

Ist „Europa“ noch zu retten?

Europa in Gegenwart und Zukunft

Die Freie Akademie e.V. lädt herzlich zu ihrer wissenschaftlichen Tagung zu obigem Thema ein, und zwar vom 30. Mai bis 2. Juni 2019, in der Frankenakademie Schloss Schney.

Steht die Europäische Union noch für Frieden, Demokratie, Freiheit und Wohlstand? Vor der Europawahl im Mai 2019 tritt die EU in der allgemeinen Wahrnehmung fast nur im Krisenmodus auf. Dafür genügt es, die Schlagwörter „Brexit“, „Eurokrise“ und „Flüchtlingskrise“ in die Debatte zu werfen. Zentrifugale Kräfte wirken allerorten. Den europafreundlichen „Volksparteien“ kommen die Wähler abhanden. Als neue Unterart des Homo politicus tritt aggressiv der „Wutbürger“ auf. Offensichtlich lässt sich die europäische Einigung nicht qua EU-Gesetzgebung herstellen. Die ungarische Regierung greift die Unabhängigkeit der Justiz und die Pressefreiheit an, während die polnische Regierung eine „Re-Christianisierung“ Europas als spezifische europäische Lösung des Migrationsproblems fordert. Zum Beispiel sowohl in Budapest als auch in Warschau bezweifeln die herrschenden Eliten öffentlichkeitswirksam, dass Brüssel legitimiert ist, ihre Politik zu kritisieren.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 ist nicht gelöst, sondern schwelt weiter. Vieles deutet darauf hin, dass die nächste Erschütterung vor der Tür steht. Beendet ist auch nicht die Diskussion über die nationale Beschränktheit der deutschen Antikrisenpolitik, die sich während der Krise von 2007 gegen eine gemeinsame europäische Bankenrettung gestemmt hatte. Hat die deutsche Regierung mit ihrem Verhalten die Risse im Fundament des europäischen Vereinigungsprozesses vergrößert? Die Symptome der EU-Krise sind vielfältig und schnell benannt – aber wofür stehen sie? Ist der Europäische Gedanke weiterhin tragfähig; welche Werte trägt die EU? Ist eine Erweiterung der EU in Richtung Westbalkan angesichts der europäischen Krise ratsam? Diese Fragen öffnen den Blick für die komplizierte Geschichte Europas und verweisen darauf, dass bedeutende Territorien unseres Kontinents jahrhundertlang nicht nach Wien, Paris oder London ausgerichtet waren, sondern nach Konstantinopel. Und wenn angesichts der Krise der EU über die Geschichte Europas von den „Rändern“ her nachgedacht wird, muss auch Russland und sein Comeback als Großmacht in den Fokus der Betrachtung eingeschlossen werden. Dann stellt sich heraus, dass die alten Fragen nach dem Verhältnis von Russland zu Europa und von Europa zu Russland neu diskutiert werden müssen.



pfw – Presse Dienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

Die europäische Politik verschränkt sich mit dem gegenwärtigen Umbruch der Weltordnung und mit den Globalisierungsprozessen. Der „atlantische Block“, wie er sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter Führung der USA herausgebildet hatte, ist zerbrochen. Trump will mit seiner US-amerikanischen Administration den atlantischen Konsens durch eine Vielzahl von ihm diktiert Deals ersetzen. Die Frage nach den Beziehungen der EU zu China, zu einem Land also, in dem sich eine stürmisch wachsende kapitalistische Marktwirtschaft mit dem Gewaltmonopol seiner Kommunistischen Partei verbindet, weist auf mehrfach widersprüchliche Konstellationen. Einerseits fürchtet man in Europa China als Konkurrenten und will es kleinhalten. Andererseits bietet den europäischen Unternehmen der enorm große chinesische Markt auch große Gewinnchancen. Jede Investition in China aber trägt dort zur weiteren ökonomischen Entwicklung bei.

Rechte und populistische Kulturkämpfer, liberale Reformer und kritische, linke Europäer haben verschiedene Szenarien zur Krisenbewältigung entwickelt. Welche sind das? Verfügt die gegenwärtige Union überhaupt über einen ethischen Wertekonsens des kulturellen Zusammenhalts, die demokratischen Strukturen, die wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen und das rechtsstaatliche Instrumentarium, um ihre komplexe und tiefgehende Krise zu lösen? Wir wollen die Krise und die Chancen der Europäischen Union, ihre Ursachen, Hintergründe und Folgen sowie die Frage nach der Problemlösungsfähigkeit der EU erörtern.

Lassen Sie uns im Interesse der Aufklärung und des Humanismus gemeinsam auf eine Reise in unsere Gegenwart und Zukunft gehen, lassen Sie uns interdisziplinär unsere Daseinsfragen diskutieren und gemeinsam klüger werden. Alle Interessenten sind herzlich eingeladen!

Anfragen können gern gerichtet werden an die:

Freie Akademie, Holbeinstr. 61, 14612 Falkensee.

*Dr. Volker Mueller (Präsident der Freien Akademie)
Dr. Gunter Willing (Wissenschaftlicher Tagungsleiter)*

Für ein humanistisches Europa: EHF-Kampagne zur Europawahl 2019

Zu der vom 23. bis 26. Mai 2019 stattfindenden Europawahl hat die EHF (European Humanist Federation <https://humanistfederation.eu>) eine Kampagne gestartet und ein Wahlmanifest veröffentlicht.

Die Europäische Union verkörpert mit ihren Werten und Prinzipien grundlegende humanistische Werte, die es weiter zu stärken und umzusetzen gilt. Wenn man auf die Entwicklung der vergangenen Monate schaut, fühlen sich manche Mitgliedsstaaten diesen Werten mehr oder weniger verpflichtet. Da die Zusammensetzung des künftigen europäischen Parlaments den entscheidenden Einfluss auf die Wahl des zukünftigen EU-Kommissionspräsidenten und das Gesicht Europas haben wird, sind die Überzeugungen und Zugehörigkeiten der neu zu wählenden Abgeordneten von entscheidender Bedeutung. Die EHF will mit dem Manifest und ihrer Kampagne zur Europawahl den Mitgliedsorganisationen eine Grundlage geben, um in ihren jeweiligen Heimatländern Wahlprüfsteine/Fragenkataloge an Parteien und Kandidaten zu richten und deren Haltungen zu den abgefragten Positionen zu ermitteln. Europa soll auch zukünftig auf Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Menschenwürde beruhen, wozu die EHF mit dieser Kampagne beitragen möchte. – (<https://humanistfederation.eu/campaign/manifesto-for-a-humanist-europe-campaign-for-the-2019-eu-elections/>)

Swaantje Schlittgen



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

Wertebildende Schulfächer –

Referat anlässlich der Klausurtagung des Koordinierungsrates säkularer Organisationen am 17.11.2018

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. ist Mitglied im Koordinierungsrat säkularer Organisationen, KORSO e.V. Im Rahmen eines Impulsreferates stellte Dr. Volker Mueller im Namen des Dachverbandes freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. die seit langem vertretenen und von ihm für die Klausurtagung des KORSO e.V. am 17.11.2018 zusammengefassten Thesen zum Erfordernis und zur Einrichtung wertebildender Schulfächer vor.

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften sieht weiterhin Handlungsbedarf in den meisten Bundesländern, einen integrativen, fächerübergreifenden Werteunterricht einzuführen.

1. Wertebildende Unterrichtsfächer in staatlichen Schulen wirken wertorientierend und aufklärend. Sie können freiheitliches und demokratisches Miteinander fördern und vermitteln Allgemeinwissen zu Menschenwürde und Menschenrechten. Im Vordergrund der ethischen Bildungsbemühungen steht die Förderung und Entwicklung einer selbstbestimmten und mündigen Persönlichkeit. Dabei sind Grundlagen für eine wertorientierte Lebensgestaltung sowie Wissen über philosophische Traditionen und Grundsätze ethischer Urteilsbildung sowie über Religionen und Weltanschauungen zu vermitteln.
2. Die anzustrebende Entkonfessionalisierung der staatlichen Schule wirkt für die weltanschauliche Neutralität des Staates in Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen. Keine einzelne Religion oder Weltanschauung soll in der Schule die Wertbindung determinieren oder eine alleinige Wahrheit bestimmen.
3. Eine Hauptaufgabe von Schule ist die Integration und Entwicklung von Fähigkeiten, gemeinsam leben zu lernen. Schülerinnen und Schüler sind in diesen Unterrichtsfächern nicht nach konfessionellen und religiös-weltanschaulichen Bindungen zu trennen, sondern gemeinsam zu unterrichten; Werteorientierungen, Philosophie und Ethik sind für alle gleichermaßen von Bedeutung.
4. Zu favorisieren sind dialogisch angelegte und integrative Unterrichte in allen Bundesländern als Pflicht für alle Schülerinnen und Schüler, wie „Ethik“ in Berlin oder „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde“ (LER) in Brandenburg.
5. Unterrichtsangebote von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sollten außerhalb der staatlichen Schule stattfinden. Sofern sie in Schule durchgeführt werden, ist diese Möglichkeit allen Anbietern zu gewähren.
6. Konfessioneller Religionsunterricht, weltanschaulicher Bekenntnisunterricht und alternativer Ethikunterricht können freiwillig und gleichberechtigt angeboten werden.
7. Bei der Ausarbeitung und Evaluation von Rahmenlehrplänen für integrative wertorientierende Unterrichte und von entsprechenden Studiengängen für Lehrerinnen und Lehrer (Fachausbildung) sind die Akteure, auch die säkularen Organisationen, zu beteiligen.

Forderungen des KORSO aus seiner Gründungserklärung: „Gleichbehandlung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften beim Angebot von Religions-, Lebenskunde- und Weltanschauungsunterricht“
„Integratives Pflichtfach zur Wertevermittlung (wie in Berlin „Ethik“ und in Brandenburg „LER““)

Dr. Volker Mueller, DFW: Klausur des KORSO, 17.11.2018

Zum 75. Todestag von Max Sievers am 17. Januar

Der Vorsitzende des Humanistischen Freidenkerbundes Brandenburg e.V., Dr. Volker Mueller, würdigt in einer Erklärung zum 75. Todestag von Max Sievers am 17. Januar dessen Leben und Wirken und mahnt die Erinnerung an die Umstände seines Todes an.

Freidenker und Freiheitskämpfer – Max Sievers zum 75. Todestag

Am 17. Januar 1944 wurde der Freidenker, Sozialdemokrat und Antifaschist Max Sievers in Brandenburg/Havel ein Opfer der Nazi-Diktatur. Max Sievers gehört zu den bedeutenden Vertretern unserer humanistischen und freiheitlichen Traditionen. Er setzte sich stets für ein starkes Bündnis aller freigeistigen und humanistischen Organisationen ein und wirkte an der Spitze der „Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände der deutschen Republik“ aktiv mit. Anlässlich seines diesjährigen 75. Todestages ehrt der Humanistische Freidenkerbund sein Leben und Wirken gegen extremistisches Denken und Handeln, für das Zusammenwirken der demokratischen Kräfte und freigeistigen Gemeinschaften in Deutschland, für Humanität und Freies Denken.

Am 11. Juli 1887 wurde Max Sievers in Berlin-Tempelhof in einer Arbeiterfamilie geboren. Aufgrund seiner sozialistischen Grundauffassungen und seiner Erfahrungen im 1. Weltkrieg engagierte er sich politisch, nahm aktiv an der Novemberrevolution 1918 teil und wurde 1919 auch Abgeordneter in Berlin. Er setzte sich mit seinem ganzen Wirken als späterer Vorsitzender des Freidenkerverbandes und als sozialdemokratischer Abgeordneter gegen Unfreiheit und Ausgrenzungen Andersdenkender, für die Gleichbehandlung aller Menschen unabhängig von konfessioneller und politischer Bindung, für die Trennung von Staat und Kirche, für Demokratie und Humanismus ein.

Die Freidenkerbewegung in Deutschland ist mit dem Namen Max Sievers eng verbunden. Am 1. Oktober 1922 wurde Sievers Geschäftsführer des 1905 in Berlin gegründeten Vereins der Freidenker für Feuerbestattung. Er veröffentlichte 1923 die Schrift Warum Feuerbestattung?, startete 1925 die Herausgabe des Freidenker-Zentralorgans Der Freidenker und wurde 1927 zum Verbandsvorsitzenden der deutschen Freidenker gewählt. 1930 wurden die Freidenker in „Deutscher Freidenker-Verband“ umbenannt, der sich in der Weimarer Republik zu einer großen Kulturorganisation und Weltanschauungsgemeinschaft mit über 600 000 Mitgliedern entwickelte. 1933 wurde der Deutsche Freidenker-Verband von den Nazis verboten.

Nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 wurde Sievers im Berliner SA-Gefängnis Papestraße in „Schutzhaft“ genommen, wo er misshandelt wurde. Im April 1933 wurde er überraschend freigelassen und emigrierte nach Brüssel. Am 23. August 1933 vollzog Deutschland die Ausbürgerung Sievers' – er war eine der 33 Persönlichkeiten, die auf der am 25. August veröffentlichten Ersten Ausbürgerungsliste des Deutschen Reichs von 1933 standen. Sievers arbeitete unterdessen weiter. Von Saarbrücken aus erschien weiterhin Der Freidenker. Nach dem Sieg der Nationalsozialisten bei der Volksabstimmung im Saargebiet 1935 gab er von Brüssel aus die Sievers-Korrespondenz (SIKO) und ab Anfang 1937 die Wochenzeitung Freies Deutschland heraus. Alle diese Publikationen wurden illegal in Deutschland verbreitet. Sein immer stärker werdendes antifaschistisches Engagement machte ihn zu einem Teil des politischen Widerstandes.

Sievers und seine Mitarbeiter agitierten gegen die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus, kritisierten das Konkordat des Vatikans mit Hitlerdeutschland von 1933 als Bündnis des Römisch-katholischen Klerusses mit den Nationalsozialisten, warben für Widerstand und den Sturz des Regimes. Nach Sievers' Überzeugung müsste nach dem Sieg über den Nationalsozialismus eine sozialistisch-demokratische Ordnung in Form einer Räteredemokratie folgen. In seinem Buch Unser Kampf gegen das „Dritte Reich“ von 1939 führte er diese Überlegungen aus. Er übte scharfe Kritik an der Politik von SPD und KPD in den Jahren vor 1933. Im Februar 1939 emigrierte das Ehepaar Sievers in die USA, kehrte aber im selben Jahr zurück nach Belgien, nachdem die Schweiz das Visum verweigert hatte.



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

Am 17. Mai 1940 besetzte die deutsche Wehrmacht Brüssel und Sievers wurde verhaftet. Er konnte fliehen und versteckte sich mit seiner belgischen Frau unter falschem Namen in Chérenghien in Nordfrankreich. Er wurde enttarnt und am 3. Juni 1943 durch die Gestapo verhaftet. Am 17. November 1943 wurde Max Sievers vom Volksgerichtshof unter dem Vorsitz von Roland Freisler wegen sogenannter Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung zum Tode verurteilt. Freisler begründete das Todesurteil gegen Max Sievers wie folgt: "Wenn.... Sievers meint, sein Verschulden bestehe darin, daß er anders ist als der Nationalsozialismus, so ist das völlig gleichgültig. Auch das ist ein Verschulden, wenn man diesem Anderssein gegen den Nationalsozialismus Ausdruck verleiht. Eine andere politische Weltanschauung, noch dazu feige vom Ausland mit den Mitteln der Gewalt und der Zersetzung unserer Wehrmacht propagieren; zu organisatorischem Zusammenschluß um der Erreichung dieses Ziels aufzufordern, uns die Welt als Feinde auf den Hals hetzen, indem man uns als Friedensstörer, Kriegstreiber und kulturlose Barbaren hinstellt, das ist solcher Verrat am deutschen Volke, daß er nur mit dem Tode gesühnt werden kann." Diese Worte sprechen für sich, für das menschenverachtende System und die antihumanistische faschistische Ideologie.

Im Zuchthaus Brandenburg-Görden wurde Max Sievers nach zweimonatiger Vollstreckungshaft von den Nazis mit dem Fallbeil hingerichtet.

Erst im Februar 1946 konnte seine Urne auf dem Friedhof in Berlin-Wedding in der Gerichtstraße 38 beigesetzt werden. Am 10. Februar 1952 errichtete die Stadt Berlin für Max Sievers ein Ehrengrab.

Das Landgericht Berlin hat erst Ende 1996 das Todesurteil aufgrund seiner Rechtswidrigkeit aufgehoben und Max Sievers ausdrücklich als Teil des politischen Widerstandes gegen den Faschismus gewürdigt.

Wir Freidenker und Humanisten knüpfen an seine Überlegungen, Haltungen und Taten an und lassen uns bei unserem heutigen Tun davon motivieren. Sein Andenken ist uns Verpflichtung, sich in unserer Gegenwart für ein gerechteres Miteinander in unserem demokratischen Gemeinwesen, für Gewissens- und Geistesfreiheit, für einen säkularen Humanismus und für die gewaltfreie Lösung der sozialen und politischen Probleme unserer Zeit einzusetzen.

Dr. Volker Mueller

Humanistischer Freidenkerbund Brandenburg e.V.

Rezension:

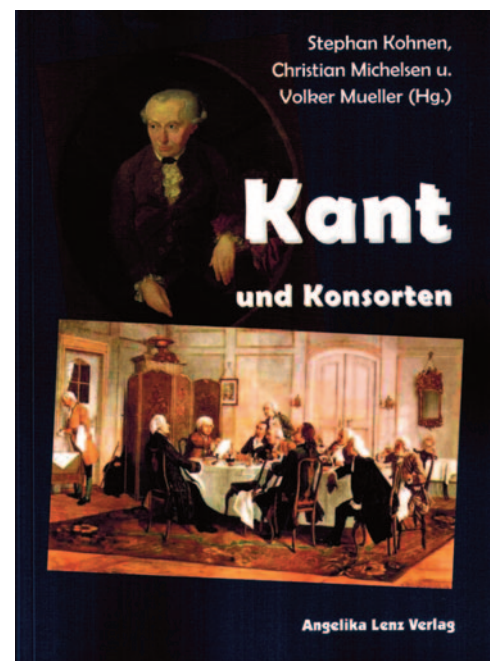
Kant wirkt bis heute mit Realitätssinn

**Kohnen/Michelsen/Mueller (Hg.):
Kant und Konsorten**

336 S. | ISBN: 978-3-943624-26-7 | 19,90 €

Ein lesenswertes Buch aus dem Angelika Lenz Verlag, mit einem reißerischen Titel. Insbesondere die Beiträge von Volker Mueller beziehen sich auf Originalzitate von Kant, die seine Kosmologie und die daraus folgende Ethik beschreiben. „Der Anblick einer zahllosen Weltenmenge vernichtet ... meine Wichtigkeit ...“.

Die Menschenrechte formulierte zwar Paine zur selben Zeit, aber sie scheinen auf bei Kant als Morgenröte am Horizont, wie Volker



Pressedienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

Mueller schreibt. Wertvoll sind die vielen Originalzitate, wenn er beispielsweise den Satz zitiert, „daß die ursprüngliche Gangart des Menschen die vierfüßige gewesen ist, daß die zweifüßige sich erst entwickelt und daß der Mensch erst allmählich sein Haupt über seine Kameraden, die Tiere, so stolz erhoben hat“ und damit Darwin vorwegnimmt.

Oder seine Schrift von 1795 „Zum ewigen Frieden“, in der sich Kant Gedanken macht, wie die begrenzte Oberfläche der Erde friedlich aufgeteilt werden kann.

Seine Verbote lesen sich wie die Statuten des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) in Den Haag, der 2002 seine Arbeit aufnahm.

Verboten sind:

1. der nur bedingte Friedensschluss;
2. die Zerstörung der Souveränität eines Staates;
3. die konkurrierende militärische Hochrüstung;
4. die Verschuldung von Staaten zugunsten des Überreichwerdens anderer Staaten;
5. die gewaltsame Intervention;
6. die Kriegsführung, die einen Frieden im Vorhinein ausschließt.

Er fordert für eine weltbürgerliche Gesinnung die Einschränkung des Hospitalitätsrechtes auf ein bloßes Besuchsrecht und das strikte Verbot des Kolonialismus: „Das Weltbürgerrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt werden.“

Notwendige staatsrechtliche Voraussetzung für den Frieden ist die republikanische Verfassung mit der Gewaltenteilung. Mit diesen Ausführungen weist Kant vorausschauend der heutigen UNO und den Einzelstaaten realistische Aufgaben zu.

Um allerdings funktionsfähig zu bleiben, ist der heutige Zustand unhaltbar, der die Anerkennung des Rome-Statute of the International Criminal Court (ICC) auf die EU-Mitgliedsstaaten Frankreich und Great Britain beschränkt.

Kant wirkt bis heute mit Realitätssinn. Es gilt aber, unerledigte und in der Aufklärung bereits formulierte Aufgaben heute einer Lösung näherzubringen. Um an dieser Stelle weiterzukommen, bedarf es nicht der Erfindung neuer Institutionen, sondern der Fähigkeit zum Kompromiss, wie Stephan Konen im Abschnitt „Aufklärung und der Zirkel des Lichts“ ausführt.

Solange wir aber in unserer Kulturpolitik das Fähnchen der nicht kompromissbereiten abrahamitischen Religionen aufrechterhalten, wird es keinen Frieden in der Welt im Sinne Kants geben.

Die Autoren wollen sicherlich darauf verweisen, diese existierenden geistigen Hürden in unserer Politik zu überspringen, denn sie hindern uns auch daran, neue, politische Integrationsziele innerhalb der EU zu setzen.

Genau da setzt der Beitrag von Christian Michelsen ein, der Schopenhauers pessimistischen Ansatz „Geschichte als Wiederkehr des Immergleichen“ dem Optimismus mit „Kants Theorie der Vernunftoptimierung in der Weltgeschichte“ gegenüberstellt. Vielleicht zwingt uns der Klimaschutz, auch die Schopenhauer-Pessimisten von Kants Fortschrittsdenken zu überzeugen.

Ein sehr lesenswertes Buch mit Realismus in der Aussage für Weltbürgerlichkeit, ohne die souveränen Staaten zu vergessen.

Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei www.lenz-verlag.de

Horst Prem